Vorwort

Das Eigentumsrecht des Artikels 14 GG gehört sicher zu den Grundrechten, die in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht nur mit am häufigsten behandelt, sondern auch dogmatisch bis in feinste Verästelungen hinein durchdrungen worden sind. Entschieden wurde über Alltagsstreitfragen und -probleme wie der Kündigung einer Mietwohnung zum Zwecke der Eigenbedarfsnutzung bis hin zu politisch bedeutsamen und komplizierten Fragestellungen des Atomausstiegs, von der Nutzbarkeit von Grundstücken unter der Erdoberfläche bis hin zur Inanspruchnahme und großräumigen Veränderung derselben im Rahmen eines Braunkohletagebaus. Die Aufzählung ganz unterschiedlicher Lebenssachverhalte, über die in der Regel der Erste, der sogenannte Grundrechtssenat, unter dem Aspekt des Eigentumsschutzes judiziert hat, ließe sich beliebig fortsetzen. Aktuelle politische Diskussionen und Streitfragen zeigen zudem, wenig überraschend, dass Gegenstand, Reichweite und nicht zuletzt Grenzen der Eigentumsgarantie nach wie vor von hoher Aktualität sind, man denke nur an die kontroversen Auseinandersetzungen über die Möglichkeiten von Mietpreisbegrenzungen.

Viele grundsätzliche Fragen können inzwischen als geklärt angesehen werden. Das gilt für den Begriff des grundgesetzlich geschützten Eigentums ebenso wie für die vor allem auf einen Ausgleich widerstreitender öffentlicher und privater Interessen abzielenden Maßstäbe für die Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums, für den erst jüngst noch einmal präzisierten Begriff der Enteignung ebenso wie für deren Abgrenzung zur Inhalts- und Schrankenbestimmung. Gerade bei den zuletzt genannten Punkten wird deutlich, dass Vieles, was in der öffentlichen Diskussion oftmals empört und voreilig als „Enteignung“ beklagt wird, zumeist „nur“ auf eine Inhalts- und Schrankenbestimmung hinausläuft, die ihren eigenen Regeln folgt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich das Bundesverfassungsgericht zu vielen der jetzt und wahrscheinlich auch künftig anstehenden Fragen in den vergangenen Jahrzehnten bereits geäußert hat – wenn, was natürlich eher

selten ist, nicht direkt, so doch in dem Sinne, dass Maßstäbe und Leitlinien entwickelt worden sind, die zumindest eine Richtschnur geben, ob und wie sich bestimmte vorgestellte Lösungen – etwa zur Deckelung von Mieten – mit dem verfassungsrechtlichen Schutz des betroffenen Eigentums vereinbaren lassen und wo man hier an Grenzen stößt.

Die umfängliche Rechtsprechung entlang der Systematik des Artikels 14 zu ordnen und darzustellen und damit im Lichte dieser Rechtsprechung eine Hilfestellung für die verfassungsrechtliche Beurteilung aktueller und künftig anstehender Fragen zur Reichweite des Eigentumsschutzes zu geben, war Ziel der Arbeit. Dabei sollen sowohl die großen Linien der verfassungsrechtlichen, mitunter erst in einem längeren Erkenntnis- und Entwicklungsprozess zustande gekommenen Interpretation als auch ihre Anwendung auf die jeweils zugrunde liegenden Einzelsachverhalte aufgezeigt werden. Im Vordergrund stehen deshalb die Aussagen des Gerichts selbst; Wertungen und Kommentierungen des Verfassers finden sich nur an einigen wenigen Stellen, an denen dies zum besseren Verständnis oder zur kritischen Würdigung der Judikatur des Gerichts zweckmäßig erschien. Dass natürlich schon die Auswahl und Zusammenstellung der Zitate sowie die textlichen Verbindungen den subjektiven Vorstellungen des Verfassers folgen, versteht sich von selbst.

Die den Entscheidungen entnommenen Zitate sind durchweg *kursiv* gedruckt. Auf die Kenntlichmachung von Auslassungen in den zitierten Textpassagen wurde im Interesse besserer Lesbarkeit verzichtet; lediglich in den kleiner gedruckten Absätzen, die sich in der Regel intensiver dem Sachverhalt und speziellen Aussagen einzelner Entscheidungen widmen, werden sie mit eckigen Klammern bezeichnet. Vor einer Übernahme von Zitaten aus dem Haupttext empfiehlt sich daher ein Abgleich mit dem Originaltext. Ausgewertet wurde im Übrigen ausschließlich die von Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts herausgegebene „Amtliche Sammlung“, in der sämtliche Senatsentscheidungen, mithin auch alle grundlegenden Leitentscheidungen veröffentlicht sind. So ist sichergestellt, dass ein umfassendes Bild der ergangenen Judikatur vermittelt werden kann. Kammerentscheidungen wurden nicht herangezogen, da sie nur ergehen dürfen, wenn die maßgebliche verfassungsrechtliche Frage vom Bundesverfassungsgericht bereits entschieden ist, folglich für die vorliegende Arbeit von ihnen grundlegende weiterführende Erkenntnisse nicht zu erwarten gewesen wären. Die „Amtliche Sammlung“ wurde bis einschließlich Band 145, erschienen 2018, ausgewertet.

Berlin / Bonn, im Oktober 2019

Volkmar Giesler